

Vor wichtigen Wahlen – Erfolge bestätigen, ohne den Polit-Alltag zu vergessen

Je eine wichtige Wahl auf nationaler und kommunaler Ebene stehen bevor. Die LDP ist nach den Erfolgen der letzten Jahre gefordert und will diese natürlich mindestens bestätigen. Darüber hinaus verlangt aber auch der Politik-Alltag den Einsatz unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Am 18. Juni finden die Wahlen für den 40 Mitglieder zählenden Bürgergemeinderat statt. Am 22. Oktober wählen wir den Nationalrat und die Vertretung in den

Ständerat. Mit unserem bewährten LDP - Team sind wir daran für beide wichtigen Wahlen die Vorarbeiten zu leisten. Bestens qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich für die LDP zur Wahl.

Wichtige Listenverbindungen

Für die Nationalratswahlen werden üblicherweise Listenverbindungen vereinbart. Die beteiligten Parteien wollen damit in erster Linie für sich aber auch für das eigene politische Lager möglichst keine Stimmen verlieren. Ausser der SP und vielleicht auch der LDP schafft es

Süsse Überraschung - nicht nur an Ostern...



Es ist bereits eine Tradition geworden: Jedes Jahr zu Ostern spendiert altGrossratspräsident Heiner Vischer (rechts) kleine Schoko-Hasen, die dann in der Innerstadt an die überraschten Passantinnen und Passanten verteilt werden. Übrigens: Überrascht wird nicht nur zu Ostern - siehe letzte Seite.

Inhalt

Vor wichtigen Wahlen - Erfolge bestätigen, ohne den Polit-Alltag zu vergessen

Süsse Oster-Überraschung... Seite 1

Dr Fraktionspreesi verzellt.... Seite 2

Nachruf Peter Facklam Seite 3

Unsere Kandidierenden für die Wahl in den Bürgergemeinderat
Seiten 4/5

*Demo-Flut in der Innerstadt:
Oft missbrauchtes Grundrecht*

*Zulage steigert Attraktivität des
Polizeiberufs* Seite 6

*Bürgergemeinderatswahl: LDP Liste 3:
Aus Tradition fortschrittlich*

OECD-Steuer: Ein JA - gerade für Basel!
Seiten 7

*Abstimmung Klima- und Innovations-
gesetz: Fördern statt verbieten*
Seite 8

*Abstimmung über OECD-Steuer:
Ein JA - gerade für Basel!*

*Legislaturhalbzeit: Die LDP hält ihre
Wahlkampf-Versprechen!*
Seiten 9

*Gratulationen an Nikolaj Iwangoff und
Raoul I. Furlano*

*Jungliberale: Geselligkeit und Politik
gehen gut zusammen*
Seite 11

Süsses auch zu Weihnachten Seite 12

wohl keine andere Partei, ohne Listenverbindungen ihren Sitz oder ihre Sitze zu gewinnen. Wenn das bürgerliche Lager also mindestens zwei Sitze der vier für Basel-Stadt zur Verfügung stehenden gewinnen will, sind Listenverbindungen also wichtig.

In vertraulichen Gesprächen im Kreis der Präsidien haben sich die traditionellen bürgerlichen Parteien FDP, Mitte und LDP geeinigt, nicht mit der SVP zusammen eine Listenverbindung einzugehen. Der Grund liegt darin, dass die SVP bei wichtigen Fragen entgegengesetzte Haltungen vertritt. Die Personenfreizügigkeit, welche die SVP bekämpft, ist für unsere Pharmaindustrie und andere Wirtschaftszweige äusserst wichtig. Die SVP-Haltung zur Bekämpfung von Corona ist weit weg von unserer Einstellung dazu. Die konsequente Verweigerung von Massnahmen gegen den Klimawandel ist ein weiterer Grund, weshalb eine Listenverbindung mit der SVP unserer Glaubwürdigkeit schaden könnte.

Rücksicht auf FDP

Es gibt auch Kräfte in der FDP, in der Mitte und in der LDP, welche dies anders sehen. In unserer Parteiversammlung wurde das offen und pointiert diskutiert. Ein wichtiges Argument ist – aus meiner Sicht – die Interessenlage der FDP, die uns nähersteht als andere Parteien. Deren Chance auf ein Nationalratsmandat schwindet, wenn die SVP dabei wäre. Es ist richtig, dass wir auch Vorbehalte gegen die GLP haben, die oft mit den Linken stimmt. Unseren Partnern war es wichtig, die Stimmen für die GLP in unserer Allianz haben zu können. Auch das kann man anders betrachten. Es ist nicht so, dass ich diese Verbindung optimal finde. Unter den gegebenen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der Anliegen der beiden anderen bürgerlichen Parteien stellt diese Konstellation aber das Machbare dar.

Eigene Kräfte mobilisieren

Listenverbindungen sind das eine, die Mobilisierung der eigenen Kräfte ist das andere. Wir werden uns – einmal mehr – sehr anstrengen müssen, um unseren Sitz halten zu können und für das bürgerliche Lager den zweiten Sitz gewinnen zu können. Wir sind Ihnen, liebe Parteimitglieder und mit der LDP Sympathisierenden dankbar für Ihre Unterstützung bei beiden wichtigen Wahlen.

Im Bürgergemeinderat konnten wir bei den letzten Wahlen zulegen, wir waren die Gewinner-Partei. Wir versuchen mit den 40 Kandidaturen, unsere Stärke zu bewahren und sogar Sitze dazu zu gewinnen. Die sehr gut qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten lassen uns dies erhoffen.

Neben den zeitaufwändigen Wahlvorbereitungen erfordern auch andere Geschäfte unsere Aufmerksamkeit. Stark engagiert haben wir uns auch im Vorfeld der Abstimmung zum Steuersenkungspaket. Als Partei, in der Regierung und im Grossen Rat war es uns wichtig, dass neben der Senkung der Einkommensteuern auch die Vermögenssteuer Anpassungen nach unten erfährt. Erfreulich, dass in der Abstimmung die Vorlage deutlich angenommen wurde.

Bei Vorstössen zurückhaltend

Im Nationalrat sind Hektik und Umtriebigkeit vor den Wahlen im Herbst deutlich wahrnehmbar. Das zeigt sich in der Fülle der persönlichen Vorstösse und im Versuch aller Parteien, möglichst klare Stellungnahmen zu den verschiedenen Themen abzugeben. Ich bin mit Vorstössen eher zurückhaltend; oft ist ein Thema bereits in Bearbeitung oder es gibt dazu schon viele Vorstösse. Dennoch möchte ich das eine oder andere auch für Basel wichtige Thema auch auf die Traktandenliste des Bundesrats setzen. So habe ich Antworten auf Fragen zur möglichen Erhöhung der Stromproduktion des Kraftwerks Birsfelden verlangt, nachdem eine entsprechende Interpellation von Michael Hug im Grossen Rat von Regierungsrat Sutter eher dürftig beantwortet worden war. Schliesslich ist dazu auch Bundesmitwirkung erforderlich. Auch zur künftigen Mitfinanzierung des Bundes des Tropeninstituts, von swisspeace und des vom Kanton, der Universität und dem Universitätsspital sowie von Novartis finanzierten Instituts zur Erforschung von Augenkrankheiten, IOB, habe ich Fragen gestellt. Weiter habe ich die Salomitaktik der Post bei ihrem Leistungsabbau kritisch hinterfragt. Dies einige Beispiele von Vorstössen, die direkt mit Basel zu tun haben.

Sondersession beeindruckend

Die kurzfristig einberufene Session zur nachträglichen Beschlussfassung über die Rettungsmassnahmen der Credit Suisse war beeindruckend.

Dr Fraktionspreesi verzellt...



Zu erzählen gibt es Einiges. Vorab bedauern wir den Rücktritt aus dem Grossen Rat von Corinne Eymann-Baier. Sie bleibt der LDP aber als Bürgergemeinderätin weiterhin zur Verfügung – danke liebe Corinne für Deinen kurzen, aber intensiven Einsatz. Die Nachfolge hat eine bekannte Persönlichkeit aus dem Glai Basel angetreten: Adrian Iselin und die LDP Fraktion heisst ihn herzlich willkommen. Ebenso herzlich willkommen geheissen haben wir Dr. Nicole Kuster, welche die Lücke bestens schliesst, die unser Thomas Müry nach seinem Rücktritt hinterlassen hat. Auch Dir, lieber Thomas, danke für Deinen langjährigen Einsatz im Rat und in den vielen Kommissionen. So viel zu den personellen Rochaden. Im Parlament hat der neue Grossratspreesi, Bülent Pekerman das Szepter übernommen und hat den Betrieb bisher gut im Griff. Weniger gut im Griff haben wir in unserem Kanton gewisse Neubauten, die Müllentsorgung und den Verkehr. Da gibt es noch reichlich Arbeit und Luft nach oben, damit zum Beispiel Investoren und Architekten einfachere und bessere Bedingungen vorfinden, damit wir nicht stundenlang im Rat über Ästhetik von Mistkübeln debattieren müssen und damit wir Mobilität zeitgerecht und reell nutzen können. Die LDP war gegen die «Klimagerechtigkeits-Initiative» und auch gegen den Gegenvorschlag aus bereits viel zitierten Gründen. Wir akzeptieren aber selbstverständlich den Volkswillen und sind nun sehr gespannt, wie die Umsetzung geschieht. Wir bieten Hand, werden mit scharfen Augen diesen Prozess begleiten und in Zusammenarbeit u.a. mit dem Gewerbe einstehen für eine Umsetzung mit gesundem Menschenverstand und möglichst wenigen Verboten. Wo Argumente fehlen, gibt es Verbote – und mit diesen «rettet» man kein Klima sondern schafft eine schlechte Atmosphäre. Ich wünsche Ihnen einen freudigen Frühling, Ihr Raoul Furlano

Es war ein schwarzer Tag für die Schweiz. Das aus meiner Sicht rasche und insgesamt angemessene Handeln war aber notwendig und von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da viele Privatpersonen und KMU von der CS abhängig sind.

Nun gilt es das Vertrauen wiederherzustellen, denn davon lebt der Finanzplatz Schweiz. Hierzu gehört auch, dass Verantwortlichkeiten geklärt werden. Die Finanzplatzregulierung muss überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Eine Regulierung, die nur in der Theorie funktioniert, ist zwecklos.

Unheilige Allianz

Leider wurde der Bundesrat von der «unheiligen Allianz» aus SP, SVP und Grünen im Nationalrat desavouiert. Zwar ändert dieser Negativ-Entscheid nichts am Vorgehen, stellt aber ein un gutes Zeichen gegen aussen dar – nicht nur für die Schweizer Finanzbranche. Auch hier haben die Wahlen im Herbst mitgespielt. Als Fraktionssprecherin

habe ich mich zu dieser Thematik geäußert und auch die Vorstösse der Rechtskommission unterstützt, die der Aufarbeitung dienen sollen. So soll die Anwendung von Notrecht, wie auch die «Too-big-to-fail»-Regulierung überprüft und wo nötig angepasst werden. Ebenso befürworte ich ein nachvollziehbares Vergütungssystem und Pflichten für Verantwortungsträger.

OECD-Steuerreform: Besonders wichtig für Basel

Die OECD-Steuerreform ist für unseren Kanton von grosser Bedeutung. Bereits früher habe ich im Nationalrat dazu Themen eingebracht: Der Bund soll mithelfen, die Rahmenbedingungen für die von der Reform betroffenen Firmen zu verbessern und z. B. die Kontingente für Fachkräfte aus Drittstaaten für die Pharma-Industrie und andere Wirtschaftszweige erhöhen.

Auch soll beim Finanzausgleich zwischen den Kantonen nicht nur auf die höheren Einnahmen abgestellt werden,

sondern auch der zusätzliche Aufwand der Sitzkantone zur Verhinderung der Abwanderung der betroffenen Firmen. Im Kanton haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die SP zur OECD-Steuvorlage, die am 18. Juni zur Abstimmung kommt, mutlos und für mich skandalös Stimmfreigabe beschlossen hat. Die SP trägt damit der Kritik aus der Schweizer Partei Rechnung, die sich daran stört, dass 75% der Einnahmen den Kantonen zukommen soll und 25% dem Bund und nicht eine 50:50 Lösung beschlossen wurde. Damit setzt sich die grösste Partei des Kantons nicht dafür ein, dass Basel-Stadt mehr Geld erhalten kann. Das passt in keiner Weise zur Ausgabenfreudigkeit dieser Partei.

Sie sehen, liebe Mitglieder und liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, es gibt viel zu tun auch abseits der Wahlvorbereitungen. Für Ihre stete Unterstützung danke ich Ihnen und freue mich, Sie bei einem LDP-Anlass persönlich begrüssen zu dürfen.

Nachruf: Peter Facklam †



Bild:
ETH-Bibliothek
ETHBIB Bildarchiv

Nach der Matur am Humanistischen Gymnasium Basel wandte sich Peter Facklam dem Jus-Studium in Basel und Genf zu. 1956 schloss er es mit dem Doktorat ab. Sein Doktorvater war der spätere Bundesrat Hans Peter Tschudi. Berufserfahrung sammelte er als Jurist beim Ständigen staatlichen Einigungsamt. Diese Dienststelle des Kantons war mit der Schlichtung von Kollektivstreitigkeiten im Arbeitsverhältnis befasst und musste den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen fördern. Die Tätigkeit kam ihm zugute, als er ab 1960 beim Basler Volkswirtschaftsbund wirkte. Diese Arbeitgeberorganisation wurde 1918 als gemeinsame arbeitge-

berpolitische Plattform gegründet und zählte praktisch alle Basler Unternehmen einzeln oder über ihre Verbände zu den Mitgliedern. Die Sozialpartnerschaft stand im Zentrum der Tätigkeiten dieses Verbandes, dessen Direktor Peter Facklam als Nachfolger von Alfons Burckhardt wurde.

Von 1974 bis 1980 wirkte Peter Facklam als Bürgerrat und stand auch der Christoph Merian Stiftung CMS vor. 1980 wurde er als Nachfolger von Lukas «Cheese» Burckhardt für die LDP in den Regierungsrat gewählt. Während zwölf Jahren leitete er das Justizdepartement. In dieser Zeit nahm die Anzahl der Drogensüchtigen stark zu; die Politik war

gefordert. Es ist dem Menschenbild des typischen Liberalen zu verdanken, dass ein Weg gesucht wurde, den Drogenkranken zu helfen statt sie – wie in anderen Städten – auszugrenzen. Der liberale Facklam berief den grünen Zürcher Kantonsrat Thomas Kessler als Drogendelegierten ins Justizdepartement und setzte neue Ideen um. In der Innenstadt wurden Gassenzimmer errichtet, wo Suchtkranke sauberes Material und bessere Bedingungen zum Spritzen vorfanden. Gegen diese Politik erwuchs lokal Kritik aus verschiedenen Kreisen, national und international wurde das «Basler Modell» zum Vorbild.

Nach der Regierungstätigkeit diente er mit seinem Wissen ehrenamtlich Organisationen wie dem SOS-Kinderdorf Schweiz, der GGG-Ausländerberatung und einer Stiftung, die sich nach dem Mauerfall für Marktwirtschaft in Osteuropa einsetzte. Im Zentrum stand aber Gemeinsames mit seiner Ehefrau, der Tochter und den Enkelkindern.

Peter Facklam war stets konsequent aber nicht stur, freundlich aber nicht anbiedernd, traditionsbewusst aber nicht rückständig, liberal aber nicht libertär. Er suchte nie das Rampenlicht, obwohl sein Mut und sein Einstehen für Schwächere dies gerechtfertigt hätten. Ruhe in Frieden, lieber Peter!

Christoph Eymann



BÜRGERRAT

Lukas Faesch
Dr. iur., Präsident CMS, Grossrat



BISHER

Christoph Burckhardt
Dr. iur., Advokat



BISHER

Thomas Hediger
Kfm. Angestellter



BISHER

Lukas Hug
M.A. HSG, Präsident Robi-Spiel-Aktionen



Annina Baumann
Psychologin



Diana Blome
Dr. phil., Kunsthistorikerin



Anna Bopp
Dienstleisterin für KMU, Synode ERK



Michelle Borner
Sozialarbeiterin FH



Christian Hochstrasser
Dr. iur., Advokat



Florian Hug
Architekt



Ilaria Ianieri
Advokatin



Remigia Ianieri
Advokatin, Gerichtsschreiberin



Joshua Marckwordt
Student BSc Masch.-Ing. ETH



Livio Marelli
Advokat, Präsident CTC



Catherine Nertz-Buxtorf
Leiterin Real Estate



Oscar Olano
Dr. iur., Advokat



Timon Sartorius
Advokat, Vorstand Arbeitgeberverband



Olivier Schneider
MSc in Betriebswirtschaft, Gastronom



Benjamin Sommerhalder
Advokat



Dunja Stäheli
Dipl. Therapeutin Komplementärmedizin

Für eine starke Bürgergemeinde!

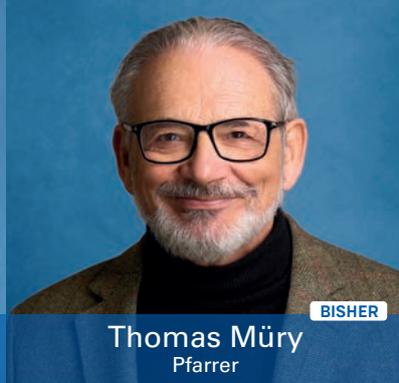
Aus Tradition fortschrittlich.



BISHER

Nicole Kuster

Dr. iur., Advokatin, Grossrätin



BISHER

Thomas Mury

Pfarrer



BISHER

Patricia von Falkenstein

Präsidentin LDP, Nationalrätin



BISHER

Christine Wirz-von Planta

Vizepräs. Jüdisches Museum Schweiz



Josephine Eberhardt

Masterstudentin Rechtswissenschaften



Beatrice Faesch

Familienmanagerin



Balz Furlano

BSc Psychologie



Michelle Hartmann

Geschäftsführerin



Lydia Isler-Christ

Apothekerin, Grossrätin



Matthias Jeker

Rechtsanwalt, Stiftungsrat QuBa



Philip Karger

Kommissionspräsident ZBA, Grossrat



Carmen Kolp

Geschäftsführerin IG Kleinbasel



Claudia Perrone

Architektin



Vanessa Prein

CEO Familycare BS



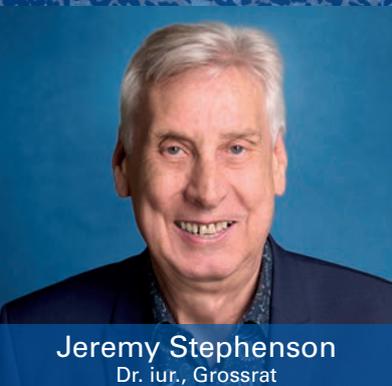
Kasper Renggli

Dr. phil. II, Chemiker



Christophe Sarasin

Dr. iur., Advokat



Jeremy Stephenson

Dr. iur., Grossrat



Adrienne Strahm

Advokatin



Benjamin von Falkenstein

Masterstudent Rechtswissenschaften



Umut Yilmaz

CISO & Dozent für Cybersicherheit

Demo-Flut in der Innerstadt: Oft missbrauchtes Grundrecht

Nach Ausschreitungen bei Demonstrationen ging die Kantonspolizei Basel-Stadt jüngst konsequent und energisch vor. Unbewilligte Demos mit grosser Wahrscheinlichkeit von Gewalt wurden im Keim erstickt und beider 1. Mai-Demo der gewaltbereite Teil isoliert. Die LDP steht hinter diesem konsequenten Vorgehen. Die Versammlungsfreiheit ist als wichtiges Grundrecht zu schützen, Missbräuche sind aber wenn immer möglich zu verhindern und sonst nachträglich mit aller Strenge des Gesetzes zu ahnden.



von Grossrat
André Auderset

Natürlich ist es ärgerlich, wenn mittlerweile beinahe jeden Samstag der Verkehr in der Basler zusammenbricht und das Flanieren oder Einkaufen dort nahezu verunmöglicht wird, weil dauernd irgendeine Gruppierung für ihr Anliegen marschiert und die Stadt zwischen Barfüsser- und Claraplatz lahmlegt. Und natürlich kann man sich auch fragen, ob man wegen Ereignissen im Iran oder in Syrien in Basel demonstrieren muss, wissend, dass ausser den Umsatzeinbussen des städtischen Gewerbes und der Verärgerung der Bevölkerung kein Effekt resultiert.

Trotzdem müssen solche Ärgernisse ausgehalten werden, ist die Versammlungsfreiheit doch ein wichtiges Grund-

recht, welches zu Recht stark geschützt ist.

Nicht ausgehalten werden muss aber der Missbrauch dieses Grundrechts. Es besteht keinerlei Recht darauf, Schmierereien anzubringen, Scheiben einzuschlagen oder gar Menschen zu verletzen. Und es sei auch wieder mal erwähnt:

Auch die Polizei besteht aus Menschen, oft mit Familien, zu denen sie nach dem Einsatz unversehrt zurückwollen.

Deshalb ist es richtig, Demonstrationen zu unterbinden oder zu stoppen, wenn diese in Gewalt gegen Personen oder Sachen auszufern drohen. Die Kantonspolizei lebt dieser Maxime in jüngster Zeit konsequent nach, bei der 1. Mai-Demo oder Anfang März mit der Verhinderung der unbewilligten Demo zum «Queerfeministischen Kampftag». Bereits aus der Ankündigung musste geschlossen werden, dass gewaltsame Aktionen geplant waren. Der sich formierende Zug wurde gestoppt, und somit konnten Personen- und Sachschäden erfolgreich verhindert werden. Durch Einkesselung des „Schwarzen Block“ am 1. Mai wurde eine Wiederholung der Ausschreitungen vom Vorjahr unterbunden.

Unverständlich sind die jeweils folgenden Reaktionen von SP, Grünen und anverwandten Kreisen, die sich in Solidarität mit den Rechtsbrechern üben und vorangegangene Distanzierungen von Gewalt als blosser Lippenbekenntnisse entlarven. Der Schreiber reagierte im März mit Grossratskollege Joel Thüring - mit einer Solidaritätsaktion im Rat. Mehr als 40 Ratsmitglieder stellten sich mit ihrer Unterschrift hinter das polizeiliche Vorgehen. Damit erhalten unsere Einsatzkräfte die nötige Rückendeckung, auch künftig gegen gewaltsame Missbräuche des Grundrechts Versammlungsfreiheit vorzugehen.

Zulage steigert Attraktivität des Polizeiberufs

Die Kantonspolizei Basel-Stadt leidet bekanntlich an einem personellen Unterbestand. Aus diesem Grund arbeite ich gemeinsam mit der Polizeileitung an der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität. Um zu verhindern, dass sich die Personalstärke weiter verringert, hat der Regierungsrat auf meinen Antrag hin als befristete Sofortmassnahme die Ausrichtung einer monatlichen Arbeitsmarktzulage für maximal drei Jahre beschlossen.

Die Arbeitsmarktzulage wird unter den Angehörigen des Polizeikorps als wichtiges Zeichen der Unterstützung geschätzt. Gleichzeitig ist auch klar, dass die monatliche Zulage von 400 Franken für Korpsangehörige bis und mit einem Dienstalter von 25 Jahren und 250 Franken für jene mit mehr Dienstjahren nicht alle Probleme löst. Wir haben im Justiz- und Sicherheitsdepartement im letzten Jahr bereits erste Massnahmen in Eigenkompetenz umgesetzt, weitere sollen folgen. Es gilt den eingeschlagenen Weg zu besseren Arbeitsbedingungen für unsere Polizistinnen und Polizisten konsequent weiter zu verfolgen.

Dabei darf nicht vergessen gehen, dass die Kantonspolizei nicht im «luftleeren» Raum existiert, sondern eingebettet ist in ein Gefüge von tausenden anderer Kantonsmitarbeitenden, die ebenfalls berechnete Ansprüche haben. Aus diesem Grund arbeiten wir im Regierungsrat an einer ganzheitlichen Betrachtung, um die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt strukturiert anzugehen. Erste Ergebnisse sollen im Sommer der Öffentlichkeit präsentiert werden.

*Regierungsrätin Dr. Stephanie Eymann
Vorsteherin Justiz- und
Sicherheitsdepartement*



Es geht auch so: Die friedliche Demonstration ist hinsichtlich Route und Zeit mit der Polizei abgesprochen und wird lediglich eskortiert. Foto: Basilea Info Plus, Herbst 2022.

Bürgergemeinderatswahl: LDP Liste 3: Aus Tradition fortschrittlich

Die LDP steht seit jeher für eine starke Bürgergemeinde! Seit ihrer Gründung im Jahr 1876 sind die Liberaldemokraten an der Entwicklung der Bürgergemeinde aktiv und konstruktiv beteiligt. Der beachtlich hohe Anteil an ehrenamtlich Tätigen auf der LDP Liste 3 in den Bereichen Soziales, Gemeinnütziges und Kultur, ideal ergänzt durch politische und berufliche Erfahrung ist unverzichtbar für die Stärkung der vielfältigen Dienstleistungen der Bürgergemeinde.

Auf der LDP Liste 3 treten 19 Frauen und 21 Männer von der jungen bis zur älteren Generation zu den Bürgergemeinderatswahlen vom 18. Juni 2023 an; darunter der amtierende Bürgerrat Dr. Lukas Faesch und die 7 Bisherigen Christoph Burckhardt, Thomas Hediger, Lukas Hug, Nicole Kuster, Thomas Mury, Patricia von Falkenstein und Christine Wirz-von Planta. Die Kandidierenden sind auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe abgebildet.

Wir setzen uns für eine eigenständige und fortschrittliche Bürgergemeinde ein

zum Wohl von Menschen in Not, Menschen im Alter, von Kindern und Jugendlichen und von Menschen mit einer Behinderung. Weiter unterstützen wir die gute Zusammenarbeit mit der Christoph Merian Stiftung, die Pflege des Hardwaldes, der «grünen Lunge» für alle, sowie eine faire Einbürgerungspraxis samt förderndem Willkommensverfahren und einen modern ausgerichteten Verwaltungs- und Ratsbetrieb. Kritisch begleiten wir die finanzielle Entwicklung der Bürgergemeinde und die Effizienz des Dienstleistungsangebotes, befürworten

deren Ausweitung (z.B. Zusammenlegung Verein Kinderbetreuung Basel mit dem Bürgerliches Waisenhaus, Einrichtung neuer Wohnformen im Alter), und begrüßen das Einbürgerungsverfahren als richtigen Weg zur Integration.

Bewährtes erhalten

Der Einsatz für eine starke Bürgergemeinde ist uns wichtiger als parteipolitisches Geplänkel, das sich in dieser Legislaturperiode abzeichnete. Wir wehren uns gegen die Ankündigungen der Ratslinken, den Bürgerrat künftig mittels Volkswahl wählen zu lassen und die Stiftungsaufsicht über die Christoph Merian Stiftung entgegen dem Stifterwillen der Aufsicht der Bürgergemeinde zu entziehen. Es ist vielmehr unsere Absicht zu erhalten, was sich bisher bewährt hat und gleichzeitig neue Erkenntnisse einzubringen und umzusetzen.

Unser Wahlziel: Bei der Bürgergemeinderatswahl 2017 haben wir einen prozentualen Wähleranteil von 18% erzielt und 7 Mandate gewonnen; dieses Ergebnis wollen wir im 2023 wieder erreichen!

Abstimmung über OECD-Steuer: Ein JA - gerade für Basel!

Die OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent führt zu höheren Steuereinnahmen. Das Bundesparlament einigte sich nach langem Ringen auf einen Anteil von 75 Prozent zu Gunsten der Kantone. Dies begünstigt nicht nur die Sitzkantone von grossen Unternehmen, sondern über den Finanzausgleich auch die anderen Kantone. Deshalb sprechen sich alle Kantone für ein JA am 18. Juni 2023 aus.

Grosse, international tätige Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro pro Jahr sind aufgrund einer Steuerreform der OECD/

G20 ab 2024 mit einer globalen Mindeststeuer von 15 Prozent konfrontiert. Davon sind allein in der Region Basel rund 100 Unternehmen betroffen. In der

Schweiz wird diese Mindeststeuer mit einer sogenannten Ergänzungssteuer umgesetzt. Wird der Gewinn eines Unternehmens aufgrund der Steuerregeln im Kanton mit weniger als 15 Prozent besteuert, wird mit der Ergänzungssteuer dafür gesorgt, dass die Vorgabe von 15 Prozent erreicht wird. Würde die Schweiz das nicht tun, hätten andere Staaten das Recht, diese Steuer zu erheben. Bund und Kantone würden Steuereinnahmen verlieren, die Unternehmen müssten mehr Steuern im Ausland bezahlen. Das ist nicht im Interesse der Schweiz.

Der Bund schätzt, dass dadurch zusätzliche Steuereinnahmen von 1 bis 2,5 Milliarden Franken entstehen. 25 Prozent dieser Steuereinnahmen fliessen in die Kasse des Bundes. Der übrige Anteil geht an die Kantone. Die Ergänzungssteuer fliesst zunächst dorthin, wo sie erhoben wird. Das bedeutet, dass die Kantone, die Sitz von betroffenen Unternehmen sind, zusätzliche Steuereinnahmen erhalten.



Quelle: Botschaft BR S.45, Simulation in einem Szenario bei 1.5 Mrd. CHF Ergänzungssteuereinnahmen der Kantone und Gemeinden
www.economiesuisse.ch

Kantonale Mehreinnahmen durch die Ergänzungssteuer werden im Nationalen Finanzausgleich (NFA) berücksichtigt. Das führt zu einer zusätzlichen Umverteilung zwischen den Kantonen. Wirtschaftsstarke Kantone und der Bund leisten höhere Beiträge, schwächere Kantone erhalten zusätzliche Zahlungen.

Alle Kantone profitieren

Auf den ersten Blick profitieren von dieser Reform somit nur Sitzkantone. Dazu gehören insbesondere Basel-Stadt, Zug

oder Zürich. Doch der Eindruck täuscht. Denn die Schweiz kennt mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) einen Mechanismus, der diese Steuereinnahmen umverteilt. Der Verteilungsmechanismus des NFA ist nicht ganz einfach nachzuvollziehen. Vereinfacht gesagt gilt: Je höher der Anteil der Kantone an der Ergänzungssteuer, desto höher werden Firmengewinne im NFA berücksichtigt. Und je höher dann die Steuer-

einnahmen der Kantone sind, desto mehr Geld fließt in den Umverteilungstopf des NFA. Davon profitieren Empfängerkantone ganz direkt. Ein konkretes Beispiel aus der Region: Hätte sich das Modell mit 50 Prozent Bundesanteil durchgesetzt, würde der Kanton Solothurn nach Berechnungen des Bundes 70 Franken pro Kopf erhalten. Mit dem 25/75-Modell sind es 105 Franken pro Kopf.

Angesichts dieser Zahlen ist es nicht überraschend, dass sich die Konferenz der kantonalen Kantonsregierungen wie auch der Schweizerische Städteverband für ein Ja zu dieser Reform ausgesprochen hat. Denn von der OECD-Mindeststeuer profitieren unter dem Strich alle Kantone.

Schlimm wären die Folgen eines Neins: Die Steuern würden trotzdem erhoben - aber eben nicht in der Schweiz.

Abstimmung Klima- und Innovationsgesetz: Fördern statt verbieten

Die Schweiz soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, plant der Bund Massnahmen: Der Ersatz von Öl-, Gas- und Elektroheizungen mit klimaschonenden Heizungen soll mit 2 Mrd. CHF unterstützt werden. Betriebe in Industrie und Gewerbe, die innovative Technologien zur klimaschonenden Produktion einsetzen, sollen von Fördermitteln in der Höhe von 1,2 Mrd. profitieren. Das ist der Kern des «Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit. Es ist dies ein indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative».

2019 wurde die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» eingereicht. Mit der Initiative wäre der Verbrauch von Öl, Benzin, Diesel und Erdgas ab dem Jahr 2050 verboten worden. Bundesrat und Parlament ging das zu weit. Das Parlament hat deshalb einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieses Klima- und Innovationsgesetz (KIG) trägt nach Ansicht des Parlaments

zu einer sicheren Energieversorgung bei, reduziert die Abhängigkeit der Schweiz von Energieimporten und stärkt den Klimaschutz. Die Schweiz importiert rund drei Viertel ihrer Energie. Fossile Energieträger wie Heizöl, Benzin, Diesel und Erdgas stammen vollständig aus dem Ausland. Die Abhängigkeit der Schweiz ist damit gross. Zudem belastet der Verbrauch fossiler Energieträger das Klima. Bun-

Vorstand für ein JA - Entscheid Parteiversammlung folgt

Der LDP-Vorstand beantragt die Ja-Parole zu der Vorlage. Bei Drucklegung der hier vorliegenden Ausgabe des LIBERAL stand der Entscheid der Parteiversammlung noch aus. Der nebenstehende Text stützt sich auf die amtlichen Erläuterungen

desrat und Parlament wollen mit dem «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)» die Schweiz unabhängiger von Energieimporten machen und den Klimaschutz stärken. Bund und Kantone sollen zudem Massnahmen zum Schutz von Mensch und Natur gegen die negativen Folgen des Klimawandels ergreifen. Um auf dem Weg zur Klimaneutralität voranzukommen, enthält die Vorlage konkrete Massnahmen.

Zielbild klimaneutrale Schweiz 2050



Grafik: Dina Tschumi; Prognos AG

Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die Öl- oder Gasheizungen mit Holzheizungen oder Wärmepumpen ersetzen oder in die Isolation ihrer Häuser investieren, profitieren von einer Unterstützung von 200 Millionen Franken pro Jahr.

Diese Fördermittel werden zusätzlich zum bereits bestehenden Gebäudeprogramm ausgeschüttet. Sie sind auf 10 Jahre beschränkt.

Förderung für Hauseigentümer und Gewerbe

Von der Förderung profitieren auch Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die eine Elektroheizung ersetzen. Elektroheizungen sind ineffizient. Sie verbrauchen im Winter rund 10 Prozent des Stroms in der Schweiz. Dies entspricht der Jahresproduktion des stillgelegten Kernkraftwerks Mühleberg. Strom ist im Winter besonders knapp. Werden Elektroheizungen ersetzt, nützt dies der Versorgungssicherheit.

Industrie- und Gewerbebetriebe, die innovative klimaschonende Technologien einsetzen, profitieren von einer Unter-

stützung von 200 Millionen Franken pro Jahr. Diese Förderung ist auf sechs Jahre beschränkt.

Bund und Kantone werden mit der Vorlage verpflichtet, Massnahmen zum Schutz von Natur und Mensch gegen die Folgen der Klimaerwärmung zu ergreifen. Das Alpenland Schweiz ist hier stark exponiert. Murgänge, Hochwasser und Steinschläge sind eine Gefahr. Insbesondere in den Städten nimmt die Belastung durch Hitzewellen zu. Die Landwirtschaft soll von Massnahmen zur Bewältigung von Trockenheitsphasen profitieren.

Keine neuen Steuern oder Abgaben

Die Massnahmen sollen aus den allgemeinen Bundesmitteln finanziert werden. Die Vorlage enthält keine neuen Steuern, Gebühren oder Abgaben. Es gibt darin auch keine neuen Vorschriften oder Verbote.

Die Vorlage setzt den klimapolitischen Rahmen und enthält konkrete Fördermassnahmen. Weitergehende Massnahmen zur Erreichung des klimapolitischen Ziels müssen vom Parlament in

anderen Gesetzen, insbesondere im CO₂-Gesetz, geregelt werden. Gegen diese Gesetze kann das Referendum ergriffen werden. Das Volk behält damit das letzte Wort.

Das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» wurde vom Nationalrat mit 139 Ja-Stimmen gegen 51 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Im Ständerat votierten 38 Ratsmitglieder mit Ja und 4 mit Nein. 2 enthielten sich.

Versorgungssicherheit als Argument

In den Schlussvoten unterstrichen die Befürwortenden insbesondere den Aspekt der Versorgungssicherheit. Der Ukraine-Krieg habe gezeigt, wie gefährlich es sei, von Energieimporten abhängig zu sein. Die Ablehnenden warnten vor einem stark steigenden Stromverbrauch aufgrund der Umrüstung von Heizungen und der steigenden Zahl von Elektroautos.

Gegen die Vorlage wurde das Referendum ergriffen, weshalb sie am 18. Juni 2023 vor das Volk kommt.

Legislaturhalbzeit:

Die LDP hält ihre Wahlkampf-Versprechen!

Per Februar endete die erste Hälfte der Legislaturperiode 2021-2025. Ein guter Zeitpunkt für eine kurze Übersicht der Themen, die die Grossrätinnen und Grossräte der LDP in den vergangenen zwei Jahren in Angriff genommen haben. Soviel vorweg: Erfreulicherweise konnte schon viel angepackt und einiges erreicht werden. Und wie die in den Text eingestreuten Fotos bezeugen: Unserer Regierungs- und Ratsmitglieder waren oft an vorderster Front, aber immer mitten drin.



von Grossrätin
Annina von
Falkenstein

Für die LDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier besteht nicht die geringste Torschlusspanik hinsichtlich der 2024 anstehenden Gesamterneuerungswahlen, denn sie haben die vergangenen zwei Jahre bereits viele politische Themen durch konkrete Forderungen und kritische Hinterfragung geprägt.

Sinnbildlich für die Werte der LDP ist, dass der liberale Grundsatz von unseren Mandatsträgerinnen und -trägern in sachpolitisch vielfältigsten Themen verfolgt wird. Dies sticht bei der Recherche der eingereichten Vorstösse sofort ins Auge.

Grosse Themenvielfalt

Von A wie Altersarbeitslosigkeitsprävention bis Z wie zentrale Wärmepumpen findet sich eine Themenvielfalt wieder, die sich sehen lässt, und auf die LDP-Mitglieder stolz sein dürfen.

Im Wahlkampf weist die LDP gerne darauf hin, eine Gewerbeartei zu sein. Dies stellt sie im Grossen Rat sodann auch unter Beweis: die Forderung nach

einem Logistikflächenkonzept soll langfristig Gewerbeflächen sichern und Klarheit für Unternehmen schaffen, die Vereinfachung von Baubewilligungsverfahren Zeit und Ärger sparen und aktuell prüft die Regierung, wie Kleinunternehmen für baustellenverschuldete Umsatzeinbussen sinnvoll kompensiert werden können.

Auch die langfristige wirtschaftliche Standortattraktivität will die LDP sichern: so könnte wegen einem LDP Vorstoss in der Innenstadt bald ein Startup Hub entstehen, in dem innovative Ideen im Herzen Basels zu namhaften Projekten werden sollen.

Forschungsstandort Basel pflegen

Damit beispielsweise Start-ups ihre Ideen entwickeln, testen, verwerfen oder weiterverfolgen können, muss Basel als Forschungsstandort gepflegt werden. LDP Grossratsmitglieder haben in verschiedenen Vorstössen die Fortsetzung der Horizon Forschungsprogramme für Basler Studierende gefordert und sich für die Beibehaltung der Möglichkeiten von Studienaufenthalten an verschiedenen Universitäten eingesetzt.



In einem Vorstoss zur Mobilität zwischen den Campusstandorten der FHNW und den dadurch verursachten Transportkosten wird auch die Wichtigkeit der Fachhochschule für unsere Region unterstrichen.



Eine florierende Wirtschaft erlaubt auch grosszügiges Denken in sozialen Themen. Die LDP Grossratsfraktion hat davon viele aufs politische Parkett gebracht. So wurden Fragen zu Präventionsmöglichkeiten der Altersarbeitslosigkeit von Menschen mit Bildungsabschluss auf Tertiärstufe aufgeworfen, die Schaffung eines anerkannten Careleaver Status gefordert und erreicht, ein Update zu Massnahmen der Sicherung von Suizidhotspots eingeholt und eine Standesinitiative zum Verbot von Konversionstherapien eingereicht.



Ebenso hat die LDP verstärkte Massnahmen im Bereich der Nachholbildung von Grundkompetenzen gefordert. Im Bildungsbereich hat die LDP sich zum Beispiel durch die Forderung von verstärkter Auseinandersetzung mit digitalen Lehr- und Lernmöglichkeiten eingebracht und den Erhalt der Ludotheken gefordert. Überdies soll die Berufsbildung durch die Durchführung der EuroSkills 2028 in Basel sichtbar werden – auch dies wurde durch eine LDP Grossrätin an die Regierung getragen.

Für den Medizinbereich wurden aus den Reihen der LDP Fraktion Fragen zur Überlastung der Notfallstationen, Medikamentenmissbrauch, elektronischen Patientendossiers und dem zur Verfügung stellen von anonymisierten Patientendaten für Forschungszwecke gestellt.



Zudem wurde ein Pilotprojekt für Gratis-tests zu sexuell übertragbaren Krankheiten gefordert – kein liberaler Ansatz, aber vernünftig. Denn die schambehafteten Krankheiten sind bei den Jungen auf Vormarsch.

Während in der Fraktion ein sehr gutes Klima herrscht, was für viele Lacher und ein gutes Zusammenhaltgefühl sorgt, setzt sich die LDP auch nach aussen weiterhin für den Klimaschutz und Nachhaltigkeitsanliegen ein.



Die Forderung nach geteilten Wärmepumpen für benachbarte Einfamilienhäuser, der Verstärkung der freiwilligen CO₂ Kompensation, der baldigen Begründung von Bildungsstätten für den neuen Beruf Solarinstallateur und -monteur sowie der Einsatz für die Erhaltung der Grünflächen auf dem Bäumlihofareal oder die Schaffung von Anreizen für die Produktion und den Weiterverkauf von Solarstrom sind nur einige



von vielen Beispielen. Dabei behält die LDP im Auge, was realistisch und machbar ist; schliesslich müssen trotz Klimakrise viele andere Themen ebenfalls an-



gegangen werden und ihr Gehör in der Politik finden.

Doch auch fürs Alltägliche hat die LDP Grossratsfraktion stets ein Ohr und erweist sich dabei als zuverlässige Partnerin: so wurde die Abschaffung der metallenen Hunde Registrierungsmarken, die Angebotserweiterung für attraktive Traulokale, die Wertschätzung und Aufwertung des historisch wichtigen Ger-



berbrunnens und die Einführung lauschiger Vaporetto-Böötchen als passende Ergänzung des bestehenden ÖV Angebots gefordert.

Neben den durch die LDP Grossrätinnen und -Grossräte eingereichten Vorstössen, soll auch die Arbeit, die in den Kommissionen geleistet wird, an dieser Stelle erwähnt werden. Denn erfolgreich politisiert nicht, wer in höchster Frequenz Vorstösse einreicht, und so die Verwaltung verstopft. Oft ist es die Arbeit in den Kommissionen, die zwar aufgrund des Kommissionsgeheimnisses keine öffentliche Sichtbarkeit er-



hält, die unseren Kanton aber ganz massgeblich prägt. Denn dort findet viel öfters als im Ratssaal selbst der tatsächliche Diskurs in Echtzeit, das Kreuzen von verbalen Klängen und idealer-

weise das Verhandeln und Ausgestalten von Kompromissen statt. Fest steht, dass die LDP kompetent und konkret den liberalen Gedanken ins politische Geschehen Basels, Riehens und

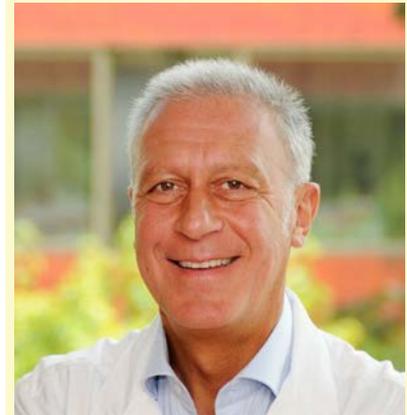
Bettingen einbringt. Dies ist auch dank vielen geteilten Ideen von LDP-Mitgliedern und anderen zugewandten Orten möglich, wofür die LDP Fraktion sehr dankbar und weiterhin offen ist.

Gratulation I: Nikolai Iwangoff Brodmann ist neuer Gemeindepräsident von Bettingen



Wir gratulieren LDP-Mitglied Nikolai Iwangoff Brodmann (Bildmitte) zur Wahl als neuer Gemeindepräsident von Bettingen. Er kandidierte dort unter dem Label «Aktives Bettingen» und setzte sich mit 247 Stimmen gegen Daniel Schmitt (149 Stimmen) klar durch. Der 49jährige Advokat folgt als Gemeindepräsident auf Patrick Götsch, der nicht mehr zur Wahl antrat. Nikolai Iwangoff wohnt seit 6 Jahren in Bettingen und ist Vater von drei Kindern. Er arbeitet bei den Industriellen Werken Basel in den Bereichen Strategie und Recht. Nikolai Iwangoff ist zudem Präsident des TV Kleinbasel, Mitglied des Vorstands von JuAr Jugendarbeit Basel und im Range eines Majors als Auditor für die Schweizer Armee tätig.

Gratulation II: Titular-Professor für Raoul I. Furlano



Wir gratulieren unserem Fraktions-Chef, Dr. Raoul Ivano Furlano zur Titularprofessur. Der Universitätsrat hat die Ernennung an der Medizinischen Fakultät genehmigt, die zuvor von der Regenz beschlossen worden war. Furlano ist nun Titularprofessor für Pädiatrie. Der jährige ist seit 2001 Leiter der Abteilung Pädiatrische Gastroenterologie und Ernährung am UKBB. Für die leitet Furlano die Fraktion und ist Mitglied der Gesundheitskommission des Grossen Rates. Dazu kandidiert er in diesem Jahr für den Nationalrat.

Jungliberale: Geselligkeit und Politik gehen gut zusammen



Die Geselligkeit hat auch bei uns definitiv wieder Einkehr gefunden. Wir haben die Rückkehr zum einigermaßen normalen Alltag genutzt, um wieder beisammen zu sein, uns auszurichten und zu festigen- natürlich vorausschauend auf die anstehenden Wahlkämpfe. Dank kommunikativem und effizientem internen Umgang konnten wir uns darauf fokussieren, in neuen Themen Fuss zu fassen, etwa mit Hilfe von unseren Grossrätinnen und Grossräten, im Dialog mit anderen Jungparteien oder Experten. Nicht zuletzt nahm der Vorstand eine gründliche Überarbeitung der Positionen in Angriff. Zwar noch nicht abgeschlossen, ist eine substanzielle, souveräne Basis geschaffen, liberal ganz nach



Basler Art. Die Mitglieder der JLB finden trotz Berufsleben oder Pendelei nach St. Gallen oder Zürich immer wieder Zeit, aktuelle Themen gemeinsam zu besprechen, zum Beispiel während und nach der Generalversammlung oder am alljährlichen Fondue-Plausch in der Vorweihnachtszeit. Ganz aktuelle Ereignisse oder Parolenfassungen diskutieren wir auch gerne gleich in unserer WhatsApp-Gruppe. Wesentlich dafür ist, dass bei uns Jungliberalen nicht bloss eine politische, sondern auch freundschaftliche Vertrautheit herrscht. Das steht uns gut, passt es doch zur offenen und unaufgeregten Haltung, die sich in unserer Politik wiederfindet.

...sondern auch zu Weihnachten



Wie auf Seite 1 angekündigt: Die LDP beschenkt die Bevölkerung nicht nur an Ostern, sondern auch zu Weihnachten, dann halt mit süssen Kläusen anstelle der Häschen. Dies geschieht im übrigen nicht nur in der Basler Innerstadt, sondern auch in Riehen, wie das untere Foto zeigt.

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
- Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Mai 2023

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
2'000 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion: André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Druck
Gremper AG, Basel/Pratteln